

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

30.10.1929 (No. 253)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 8518

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
E. Amen,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadratcent. —

Amtlicher Teil

Landtagswahlen 1929

Die Sitzung des Landeswahlausschusses zur Feststellung des Gesamtstimmungsergebnisses, sowie der in den Wahlkreisen unberücksichtigt gebliebenen Stimmen der einzelnen Parteien und zur Zuteilung der restlichen Abgeordnetensitze in der Reihenfolge der in den Wahlkreisen erreichten Höchststimmengahlen, findet statt am Samstag, den 2. November 1929, vormittags 11 1/2 Uhr im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern in Karlsruhe, Schloßplatz 19 III, Stod.

Die Ergebnisse des Volksbegehrens

Vorausichtlich ungenügende Eintragungsziffern
M. Berlin, 30. Okt. (Priv.-Tel.) Nachdem am gestrigen Dienstagabend die Einreichungsfrist für das Volksbegehren abgelaufen ist, wird es bereits als wahrscheinlich bezeichnet, daß die erforderlichen circa 4,1 Millionen Stimmen (10 Proz. der Stimmberechtigten) nicht erreicht werden.

Der Reichswahlleiter hat die örtlichen Stellen angewiesen, ihm die vollständigen Listen bis zum 8. November einzutragen. Es ist also damit zu rechnen, daß am 7. November das vorläufige amtliche Eintragungsergebnis vorliegt.

Die ersten Wahlkreisergebnisse

- Wahlkreis 9 Osnabrück. Es liegt zunächst nur ein Teilergebnis vor, da bis zur Stunde noch 254 Gemeinden mit 100 000 Stimmberechtigten fehlen. Hiernach haben von 723 711 Stimmberechtigten 55 937, also 7,74 Proz., sich in diesem Wahlkreis eingetragen.

Einzelergebnisse aus Baden

- Karlsruhe 2076 (Zahl der Wahlberechtigten 114 595).
Mannheim 1498 (bis Montag abend)
Heidelberg 1485 (bis Montag abend)
Schweigen 92 (bis Montag abend)
Gerbach 389 (bis Montag abend)
Freiburg 1304 (Zahl der Wahlberechtigten rund 61 700).

Einzelergebnisse aus dem Reich

- Stuttgart 9107 (266 324 Wahlberechtigte).
München 28 550 (468 499).
Münster 15 004 (278 735).
Frankfurt a. M. (Groß-Frankfurt) rund 6500 (425 000).
Groß-Berlin 242 718 = 7,86 Proz. (3 157 626).
Wien 3703 (590 000).
Halle a. S. 18 855 (150 690).
Chemnitz 40 936.
Erfurt 11 712 (99 899).
Leipzig 19 346 (502 880).
Dresden 28 215 (5,8 Proz.)
Erfen (Stadt und Land) 6545.
Duisburg-Essen 8077 (268 000 = 2,9 Proz.)
Dortmund (Groß-Dortmund) 4370 (356 000).
Mülheim (Ruhr) 3588 (88826).
Trier 117 (40 000).
Düren 107 (25 000).
Koblenz 682 (42 000).
Breslau 17 904 (453 137).
Bremen (Staatsgebiet) 20 975 (244 856).
Mitteln 5084 (2,9 Proz.)
Hannover 8360 (323 500).
Königsberg (Preußen) 13 266 (214 760).
Stettin 13 900 (190 000).
Braunschweig (Stadt) 7880 (108 000).
Magdeburg 15 297 (218 400).
Potsdam 9807 (48 724).

Letzte Nachrichten

Die Regierungsbildung in Frankreich

Daladier gibt seinen Auftrag zurück — Briand ins Elisee berufen
Paris, 30. Okt. (Tel.) Um 9 Uhr morgens hat sich Daladier ins Elisee begeben, um dem Präsidenten der Republik das Mandat zur Regierungsbildung offiziell zurückzugeben. Präsident Doumergue hatte bis zur Mittagsstunde noch keine andere Persönlichkeit mit der Regierungsbildung beauftragt.

Der Präsident der Republik hat, nachdem er Daladier empfangen hatte, der die Kabinettsbildung ablehnte, Briand ins Elisee berufen.

Daladier und Briand

Paris, 30. Okt. (Tel.) Die Schwankungen in der Haltung Daladiers, die gestern abend zu beobachten waren, werden in gewissem Sinne durch Erklärungen Daladiers erläutert, die der „Matin“ wiedergibt. Dem Wort zufolge hat Daladier heute nacht sich etwa in folgendem Sinne geäußert: Nach der Ablehnung der Sozialisten habe er sich zu Briand begeben und ihm mitgeteilt, daß er weiter für das Zustandekommen eines Kabinetts arbeiten werde, selbst auf die Gefahr hin, daß er in der Kammer nicht die Mehrheit erlangen könne, da er sich von einem solchen Versuch wenigstens eine Klärung der parlamentarischen Lage verspreche.

Briand habe ihm statt dessen eine Erweiterung der Grundlage des Kabinetts nach rechts empfohlen. Dies habe ihn zunächst veranlaßt, die Mission der Kabinettsbildung ganz aufzugeben. Auf die Intervention parlamentarischer Vermittler hin habe er jedoch bei seinem Besuch im Elisee, der gestern abend um 9 Uhr erfolgte, die bereits schriftlich aufgesetzte Erklärung darüber in der Tasche behalten. Bei seiner Heimkehr habe ihn die Gavadnachricht überrascht, in der Briand sich öffentlich bereit erklärte, seine Mitarbeit Daladier für ein Kabinett mit nach rechts hin erweiterter Grundlage zur Verfügung zu stellen. Da er, Daladier, in der vorangegangenen Besprechung eine solche Kombination ausdrücklich abgelehnt hatte, habe er darin nur einen Angriff sehen können.

„Matin“ fügt diesen Erklärungen hinzu, es sei nun Sache des Präsidenten der Republik, zu entscheiden, ob ein Kabinett, etwa von der Nuance Steegs, nochmals einen Versuch republikanischer Konzentration mit einer etwas nach links verlagerten Achse machen soll, oder ob ein anderer, etwa Briand oder Tardieu, ein Konzentrationskabinett bilden solle, das gewissermaßen ein Kabinett Poincaré ohne Poincaré darstellen würde. „Echo de Paris“ erwartet ein Konzentrationskabinet mit Briand-Tardieu mit gemäßigten radikalen Elementen, in dem Maginot beibehalten werden soll.

Um das Schicksal der Reichsbahn

Verwaltungsrat und Reichsregierung
M. Berlin, 30. Okt. (Priv.-Tel.) Die Reise des Herrn von Siemens nach Paris hat erhebliches Aufsehen erregt, da sie im Zusammenhang mit den Verhandlungen zur Vorbereitung des Youngplans über die Reichsbahn gebracht wird. Wie dazu in politischen Kreisen verlautet, hat Friedrich Karl von Siemens, der ja Vorsitzender des Verwaltungsrates der Reichsbahn ist, diese Reise entgegen der Auffassung leitender Kreise, also sowohl des Auswärtigen Amtes wie des Reichsverkehrsministeriums unternommen. Es geht schon hieraus hervor, daß die Auffassungen über das künftige Schicksal der Reichsbahn sehr weit auseinander laufen, und daß die Frage nach ihrer Autonomie deutschamerikanisch bei den Pariser Verhandlungen nicht eindeutig beantwortet wird.

Ernährungswirtschaft und -Wissenschaft

Verhandlungen mit dem Reichsernährungsminister
M. Berlin, 30. Okt. (Priv.-Tel.) Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dietrich (Waden) hat gestern eine Besprechung stattgefunden, an der Vertreter der Wissenschaft, der Hausfrauenvereine, der Gewerkschaften usw. teilnahmen. Gegenstand der Beratungen waren ernährungswirtschaftliche und ernährungswissenschaftliche Fragen. Es wurde angeregt, für beides eine Zentralkommission zu schaffen. Der Minister sagte zu, daß er sich für diese Wünsche im Reichskabinett einsetzen werde.

Der Kreuzer „Karlsruhe“ wurde nach einer ausgedehnten Erprobungsfahrt durch die Marineabnahmekommission übernommen.

Die Finanzlage des Reichs

Der Reichsfinanzminister vor dem Haushaltsausschuß
BdZ, Berlin, 30. Okt. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab heute der Reichsfinanzminister, Dr. Gifford, einen ausführlichen Überblick über die Finanzlage des Reichs. Der Minister führte aus: Dem Reichstag werde in dieser Herbsttagung noch ein Nachtragshaushalt für 1929 und auch der Haushaltsplan für 1930 zugehen. Daß ein Nachtrag für 1929 notwendig sein würde, darauf habe er schon bei den Haushaltsberatungen für 1929 hingewiesen. Er habe rücksichtslos über- und außerplanmäßige Ausgaben gedroht. In gewissem Umfang müßten aber erhöhte Ausgaben nachträglich etatifiziert werden. Auch müßten die Einnahmeseite nach dem bisherigen Aufkommen richtiggestellt werden. Außerdem erfordere die im Falle der Annahme des Youngplans eintretende Reparationserleichterung ebenfalls einen Nachtragsetat. Er werde den Nachtrag vorlegen, wenn die Haager Verhandlungen über den Youngplan abgeschlossen seien.

Der Nachtragshaushalt werde in erster Linie vorschlagen, das im Jahre 1928 entstandene Defizit in Höhe von 154 Millionen abzubauen. Dadurch werde gleichzeitig die Kassenlage um diesen Betrag erleichtert. In zweiter Linie soll das Defizit des Jahres 1929 abgedeckt werden, das zum Teil durch einige von ihm schon während der Reichstagsberatungen angezeigte Streichungen durch den Reichstag und zum Teil durch überhöhte Einnahmeseite entstehe. Schließlich müßten auch eine Reihe von Ausgaben zur Erfüllung gesetzlicher Verpflichtungen oder Vertragsverpflichtungen, die erst im Laufe des Rechnungsjahres entstanden wären, wie z. B. die 12,5 Millionen Reichsmark, aus dem belgischen Markabkommen, eingestellt werden.

Etat und Finanzreform

Der Etat 1930 und die Finanzreform seien innig verbunden, da der Etat 1930 auf der Finanzreform aufgebaut sein werde. Die Finanzreform habe eine Senkung der Steuerlast zum Ziele, die notwendig sei zur Steigerung der Produktivität der Volkswirtschaft. Eine solche Steigerung sei zugleich Sozialpolitik, denn sie führe zur Minderung der Arbeitslosigkeit und sei zugleich Voraussetzung künftiger sozialpolitischer Maßnahmen. Die Finanzreform wird an einer Senkung des Einkommensteuers, die sich insbesondere auch bei den unteren Stufen durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auswirken werde, und der Realsteuern nicht vorübergehen. Ziel der Finanzreform wird eine Entlastung der Volkswirtschaft und aller ihrer Träger sein. Dieses Ziel werde seiner Auffassung nach nicht dadurch verfeinert werden, wenn beispielsweise die Biersteuer in einem Umfang erhöht würde, wie sie für den Etat 1929 geplant gewesen sei. Denn eine solche Erhöhung würde durch die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums überkompensiert sein.

An Monopole werde gegenwärtig nicht gedacht. Große Reichsmonopole bringen Komplikationen mit sich, die die Reform aufhalten könnten. Auch verbiete die Geldmarktlage augenblicklich die Durchführung solcher Bestrebungen. Die Finanzreform habe zur Voraussetzung eine rechte Bilanzierung des ordentlichen Etats und eine fortschreitende Sanierung des außerordentlichen Etats. Diese Sanierung habe gewisse Fortschritte gemacht durch die steuerfreie Anleihe von 1929 um rund 180 Millionen Reichsmark und werde fortgeschritten durch die Einstellung des Defizits für 1928 mit 154 Millionen Reichsmark.

Die Sanierung der Kassenlage, soweit sie auf dem ungedeckten Extraordinarium beruhe, kann durch Anleihen erfolgen. Als 1926 im Reichstag das Arbeitsbeschaffungsprogramm bewilligt wurde, waren sich alle Parteien des Reichstages einig, daß dieses große Programm durch langfristige Anleihen gedeckt werden sollte.

Die bedrohliche Situation der Kassenlage, wie sie im Frühjahr dieses Jahres entstanden war, könne als überwunden gelten, wenn auch im Laufe dieses Winters von der Arbeitslosenversicherung noch einmal große Ansprüche an die Reichskasse gestellt werden würden.

Der Minister wandte sich dann gegen die pessimistische Stimmung, die sich in der Öffentlichkeit geltend mache. Wer über Anleihe verhandeln müsse, der empfinde sehr unangenehm die außenpolitischen Gefahren eines solchen unberechtigten Pessimismus.

Die Lage der Wirtschaft sei durchaus nicht bedrohlich. Unsere Industrie sei wieder wettbewerbsfähig, und der Export habe unsere Handelsbilanz wieder aktiv werden lassen.

Der Minister erörterte dann noch kurz das zur Beratung stehende

Gesetz zur Änderung der Reichshaushaltsordnung

Der Entwurf ist aufgestellt unter Berücksichtigung der im Reichstag einstimmig gefaßten Beschlüsse. Im wesentlichen seien diese neuen Bestimmungen praktisch bereits von ihm gehandhabt worden, namentlich habe er darauf gedrungen, daß die einzelnen Ressorts nicht ohne Zustimmung des Finanzministers Staatsüberschreitungen vornehmen dürften. Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte Gifford, daß ein dementsprechender Antrag, eine Neuabfassung der Haushaltsordnung hat sich nicht ergeben, es sei sogar eine gewisse Entlastung eingetreten.

Ich bin derjenige, der sich lieber an der Debatte über die Finanzreform

am wenigsten beteiligen kann. Ich werde aber den Nachtragsetat und die Finanzreform sofort in dem Augenblick vorlegen, wo das möglich ist, d. h. nach Abschluß der Haager Konferenz. Diese Handlungsweise brauche ich wohl nicht eingehend zu begründen. Es ist ganz selbstverständlich, daß man gewisse Forderungen hier gar nicht diskutieren kann, bevor das Ergebnis der Konferenz vorliegt. Eine Beurteilung des belgischen Markabkommens ist z. B. gar nicht möglich, bevor ich nicht weiß, ob es in Kraft tritt, und dieses Inkrafttreten hängt wieder von dem Schicksal des Youngplans ab.

So gibt es auch noch eine ganze Reihe anderer Kosten, die noch ungeklärt sind. Die Grundlage für eine Diskussion über die Finanzreform steht also noch gar nicht fest. Es ist aber meine feste Absicht, den Etat und die Gesetze zur Finanzreform sofort vorzulegen, sobald die Verhandlungen über den Youngplan abgeschlossen sind. Was das Zündholzgesetz anlangt, so habe ich die Absicht, es in aller nächster Zeit dem Reichswirtschaftsrat zuzuleiten und dann auch die Öffentlichkeit über alle Einzelheiten dieses Planes aufzuklären.

Die Erwartung, das Arbeitsbeschaffungsprogramm durch langfristige Anleihen zu decken, habe getäuscht. Es müßte aber jetzt der Versuch gemacht werden, mindestens einen Teil der kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln. Die durch die Zündholzanzleihe eingehenden Beträge würden nur zur Abdeckung der kurzfristigen Kredite benutzt werden, das bedeutet einen weiteren großen Fortschritt in der Sanierung der Kassenlage. Eine erhebliche Neuverschuldung der Wirtschaft sei nicht eingetreten. Wir sollten also endlich in der Entmutigungskampagne Halt machen.

Die Aussprache

In der Aussprache kritisiert Abg. Graf Westarp (DntL) die Ausführungen des Finanzministers als zu wenig substantiiert, daß sie nicht zur Beruhigung über die katastrophale Lage der Reichsfinanzen dienen können. Zur Beruhigung könne es nicht beitragen, daß für parteipolitische Agitation unbefristete Mittel da zu sein scheinen. Der Redner beantragte, daß der Reichsfinanzminister zahlenmäßige Unterlagen gebe, erstens über die Entwicklung der Kassenlage und der kurz- und langfristigen Kredite, zweitens soll ein Gesamtüberblick der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts und drittens über den Finanzreformplan dem Ausschuss vorgelegt werden.

Abg. Erling (Ztr.) hielt die ganze Diskussion über ein noch gar nicht abgeschlossenes außenpolitisches Problem für überaus schädlich. Es sei schon sehr bedauernd, daß aus jenen politischen Gründen eine große Presselampagne mit allen Gründen für und gegen den Youngplan eröffnet sei, ohne daß hierbei von den Gegnern die geringste Rücksicht auf die schwebenden außenpolitischen Verhandlungen genommen worden sei. Was diese Debatten in den letzten Wochen dem Deutschen Reich geschadet haben, sei schwer auszurechnen. Jedenfalls bedeutet dieses Hin- und Herbewegen über außenpolitische Fragen einen unermeßlichen Schaden für das deutsche Vaterland. Redner und seine Parteifreunde jedenfalls beabsichtigen nicht, aus innenpolitischen Motiven außenpolitische Nachteile herbeizuführen, und lehnen eine weitere parlamentarische Diskussion über den noch nicht abgeschlossenen Youngplan zunächst ab.

In der Abstimmung wurden dann ein Antrag des Abg. Corgler (Komm.) (der in ähnlicher Richtung wie der deutsch-nationale geht) und der Antrag des Abg. Graf Westarp (DntL) gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten abgelehnt.

Der Sklarek-Skandal

Die Voruntersuchung eröffnet

In der Strafsache Sklarek hat die Berliner Staatsanwaltschaft nun Eröffnung der Voruntersuchung gegen die drei Brüder Sklarek, den Buchhalter Lehmann, die Stadtbankdirektoren Schmitt, Hoffmann und Schröder und weitere neun Personen erhoben. Das Ermittlungsverfahren gegen die übrigen Angeklagten wird fortgesetzt.

Der Untersuchungsausschuss

Der Sklarek-Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags, der die Wirtschaft in der Berliner Stadtverwaltung prüfen soll, hat am Dienstag seine Arbeiten aufgenommen.

Als erster Zeuge gab Oberregierungsrat Schallbach Auskunft über Entstehung und Verbleib der Berliner Kleiderbetriebsgesellschaft. Seine weitere Ausführungen enthalten eine vernichtende Schilderung der bei der Kleiderbetriebsgesellschaft üblichen Geschäftspraktiken. Die Zustände bei der Gesellschaft seien geradezu haarsträubend gewesen. Man habe dort keine Ahnung von kaufmännischer Kalkulation. Man laufe Waren über Gebühr ein, ohne zu bedenken, daß ihre Preise fallen könnten. Auch der Angestelltenapparat war viel zu groß. Über das Jahr 1925 hat Direktor Kieburg eine Bilanz gegeben, die sich bei der Revision im März 1926 als falsch und viel zu günstig für Kieburg zeigte. Es stellte sich heraus, daß ein Defizit von 615 000 M vorlag, das völlig vertuscht worden war. Kieburg ist damals strafflos entlassen worden.

Das Zündholzmonopol

Die Preise der Zündwaren werden grundsätzlich im Gesetz festgelegt. Der Kleinverkaufspreis beträgt 0,30 M für das Paket mit zehn Schachteln. Das Monopol wird also eine, wenn auch geringfügige Erhöhung des bisherigen Preises der Zündhölzer bringen. Nach Ablauf von vier Jahren soll die Bemessung der Preise der Bestimmungen des Reichs unterliegen.

Wird die Zündholzwirtschaft in der oben beschriebenen Weise vom Reichstag beschlossen, so ist der schwedische Konzern verpflichtet, eine Anleihe des Reiches in Höhe von 125 Millionen nordamerikanischen Dollars zu übernehmen, die in zwei Teilbeträgen ausgezahlt werden soll, und zwar der erste sieben Monate und der zweite sechzehn Monate nach der Verkündung des Monopolgesetzes. Der Auszahlungsturs beträgt 93 Proz. und die Verzinsung jährlich 6 Proz. Diese Anleihebedingungen sind davon abhängig gemacht worden, daß der Schwedenkonzern an den Gewinnen der Monopolgesellschaft beteiligt wird. Das Reich behält aus dem Monopolgewinn zunächst aus jeder Riste Zündhölzer (10 000 Pakete) 15 M vorweg.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist der Vertrag zwischen dem Reich und dem schwedischen Zündholzonzern am 26. Oktober im Reichsfinanzministerium endgültig gezeichnet worden. Das Gesetz wird im Rahmen der gesamten zur Finanzreform gehörenden Gesekentwürfe dem Reichsrat und dem Reichstag vorgelegt werden, sobald die Entscheidung über den Youngplan herbeigeführt werden kann.

Aber den Inhalt des Vertrages und die geplante Neuregelung der Zündholzwirtschaft wird nunmehr unter anderem folgendes mitgeteilt: Nach der beabsichtigten Neuregelung sei der Kreis der Fabrikanten jetzt geschlossen. Ausnahmen seien nur für den Eigenbedarf der Konsumgenossenschaften vorbehalten. Die Organisation der Monopolgesellschaft entspreche der einer Aktiengesellschaft, deren Aktien je zur Hälfte der deutschen und der schwedischen Gruppe zustünden. Das beherrschende Organ der Aufsichtsrat, bestehe aus 11 Mitgliedern, von denen je 5 auf Vorschlag der deutschen und der schwedischen Seite gestellt werden sollen, während der Vorsitzende, der Reichsdeutscher sein muß, vom Aufsichtsrat gewählt wird. Auch die Vorstandsmitglieder müssen Reichsdeutsche sein. Zur Überwachung der Gesellschaft werden Reichskommissare bestellt. Das Monopol soll dem Reich zustehen, und der Monopolgesellschaft nur zur Ausübung übertragen werden.

Das bisherige Verhältnis zwischen den in schwedischen Händen befindlichen Fabriken und den deutschen Unternehmungen von rund 66 zu 36 bleibt aufrechterhalten.

Zu den Landtagswahlen

Fraktionskürzungen

Die Abgeordneten der Deutschnationalen und der Demokraten hielten am Dienstag im Landtagsgebäude ihre ersten Sitzungen ab. Heute vormittag trat die Fraktion des Zentrums zusammen. Auf den kommenden Dienstag ist eine Sitzung der Fraktion der Deutschen Volkspartei anberaumt.

Frau Clara Siebert gewählt

Da der bisherige Präsident des Badischen Landtags, Ministerialrat Dr. Baumgartner, der sowohl in Karlsruhe als im Wahlkreis Bühl gewählt ist, die Wahl im Bühler Bezirk angenommen hat, so tritt damit — wie der „Bad. Beob.“ mitteilt — von selber Frau Clara Siebert in Karlsruhe an die erste Stelle der Zentrumsliste in Karlsruhe, womit sie gewählt ist. Damit werden im neuen Landtag die Frauen durch fünf Abgeordnete vertreten sein.

Die Männer und Frauen abstimmen

Die bei der Landtagswahl am Sonntag in Karlsruhe abgegebenen Stimmen wurden nach den Geschlechtern getrennt gezählt.

Aus einer Zusammenstellung ergibt sich, daß in den 85 Stimmbezirken die Zahl der abgegebenen weiblichen Zentrumsstimmen fast durchweg, teilweise sehr erheblich, jene der von den Männern abgegebenen Stimmen überwiegt. Bei den Sozialdemokraten ist das Stimmverhältnis in einer großen Reihe von Bezirken gerade umgekehrt, in anderen halten sich Männer und Frauen ungefähr die Waage. In einem Stimmbezirk wurden 100 Männerstimmen mehr, in einem zweiten etwa 120 weibliche Stimmen mehr gezählt. Auch die Deutschnationalen haben ein Plus an weiblichen Stimmen aufzuweisen, nur in wenigen Bezirken überragen die Männer. Die Deutsche Volkspartei hat etwa in der Hälfte der Stimmbezirke ein Mehr von weiblichen Stimmen aufzuweisen. Bei den Demokraten und der Wirtschaftspartei ist der Wahlsieger bei Frauen und Männern mit wenigen Ausnahmen der gleiche gewesen. Die Kommunisten haben mehr Männer an die Wahlurne gebracht, und zwar in allen Stimmbezirken. Umgekehrt ist das Stimmverhältnis beim Evang. Volksdienst. Bei den Nationalsozialisten entfällt die Mehrzahl der abgegebenen Stimmen auf die Männer. In einer Reihe von Bezirken reichen die weiblichen Stimmen an die der Männer fast heran. Nur in drei Stimmbezirken ist ein Mehr von weiblichen Stimmen festzustellen. In einem Bezirk stehen 5 männliche Stimmen 45 weibliche gegenüber.

Auch in Offenburg wurde nach Geschlechtern getrennt abgestimmt. Die Resultate sind folgende:

Abgegebene Stimmen 8179, davon Frauen 4411, Männer 3768. Liste 1 Zentrum 3077 Stimmen, 1038 Männer und 2039 Frauen, Liste 2 Sozialdemokraten 1208 Abgegebene Stimmen, 700 Männer, 508 Frauen, Liste 3 Deutschnationalen 368 Abgegebene Stimmen, 170 Männer, 198 Frauen, Liste 4 Deutsche Volkspartei 561 Abgegebene Stimmen, 264 Männer, 297 Frauen, Liste 5 Demokraten 686 Abgegebene Stimmen, 345 Männer, 341 Frauen, Liste 6 Mittelstand 818 Abgegebene Stimmen, 424 Männer, 394 Frauen, Liste 7 Kommunisten 449 Abgegebene Stimmen, 267 Männer, 182 Frauen, Liste 9 Nationalsozialisten 667 Abgegebene Stimmen, 407 Männer, 260 Frauen, Liste 10 Evangelischer Volksdienst 212 Abgegebene Stimmen, 68 Männer, 144 Frauen, Liste 11 Christlich-Soziale Reichspartei 76 Abgegebene Stimmen, 42 Männer, 34 Frauen, Liste 12 Volksrechtspartei 57 Abgegebene Stimmen, 30 Männer, 27 Frauen.

Der Termin für die Einberufung

des Reichstages

läßt sich auch jetzt noch nicht genau bestimmen. Der Termin hängt ebenso von den Vorbereitungen für die innenpolitische Gesetzgebung wie von der Fertigstellung des Youngplans durch die internationalen Verhandlungen ab.

Die Reichsregierung will im Laufe dieser Woche dem Reichstag eine Zusammenstellung der Gesetzesvorlagen zugehen lassen, deren Erledigung noch vor Ablauf dieses Jahres erwünscht ist. Der Youngplan wird hoffentlich bis Ende November fertiggestellt werden können. Ob auch das Volksbegehren zur Vorlage an den Reichstag gelangt, hängt davon ab, ob die erforderliche Anzahl der Eintragungen erreicht ist. Vor dem 17. November kann an eine Einberufung des Reichstages nicht gedacht werden, weil an diesem Tage in Preußen und einigen anderen Ländern die Kommunalwahlen vorgenommen werden.

Aus allen diesen Gründen, zu denen noch der Lusttag am 20. November und vom 22. bis 24. November der deutsch-nationale Parteitag in Kassel hinzukommen, glaubt der Reichstagspräsident, daß der Reichstag etwa am 26. November zusammenzutreten kann. Der von anderen Seiten schon genannte 5. Dezember würde als zu spät erscheinen, weil dann zu kurze Zeit für die Beratungen bis Weihnachten bliebe.

Verunglimpfung des Reichskanzlers

W.B. Berlin, 30. Okt. (Tel.) In einer Kundgebung für das Volksbegehren in Stuttgart hat der deutsch-nationale Abgeordnete und Rechtsanwalt Dr. Everling nach der „Kommerziellen Tagespost“ Nr. 260 vom 24. Oktober u. a. gesagt: „Herr Müller, der frühere Reisende in sanitären Präzedenzen, ist heute Reichskanzler.“

Hierzu wird in Berlin erklärt: Aus der Äußerung des Dr. Everling geht hervor, daß es ihm nur darauf ankam, den Reichskanzler zu verunglimpfen. Obwohl der Beruf eines Reisenden genau so ehrenwert ist wie der eines Rechtsanwalts, stellen wir fest, daß der Reichskanzler früher niemals Reisender gewesen ist. Die Kampfesweise des Dr. Everling richtet sich in den Augen aller anständigen Politiker von selbst.

Bankierselbstmord

Auf der Wilhelmshöhe wurde der Inhaber des Kasseler Bankhauses André & Herzog, Julius Zinn, erschossen aufgefunden. Zahlungsmittelresten sollen der Grund zu der Tat sein. — Der zweite Inhaber der Bank, Herzog, wird vermisst.

In Berlin hat sich der Kommerzienrat Heinemann, der Inhaber des gleichnamigen Finanzierungsgeschäftes, erschossen. Der Grund scheint in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu liegen.

Der Direktor Karl Krafft von der Wiener Bobentreibanstalt hat sich erschossen.

Die Gruppe deutscher Forscher, die versucht hat, den zum Himalaja gehörigen Kanchanjanga, 8580 Meter hoch, zu besteigen, mußte, nachdem eine Höhe von 7460 Meter erreicht war, umkehren. Alle Teilnehmer haben bei dem Abstieg schwer unter der Kälte gelitten. Einer von ihnen, Dr. Seipel, mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Im Opernhaus zu Düsseldorf wurde gestern während der Vorstellung der „Küstigen Weber von Winfor“ eine Anzahl Patronen in das Parterre hinuntergeworfen. Unter den Ruf „Hier wird geschossen!“, drängte alles zu den Ausgängen. Nur mit vieler Mühe gelang es, eine Panik zu verhindern. Einige Verächtliche wurden festgenommen.

Badischer Tell

Badischer Handwerkatag

Zehn Jahre Nationalisierung im Badischen Handwerk

Am Dienstagvormittag fand in Karlsruhe eine Sitzung des Badischen Handwerksamtes statt, die in der Hauptsache dem Gedenken an das zehnjährige Bestehen der Nationalisierung im badischen Handwerk gewidmet war. Am 24. Oktober d. J. waren nämlich zehn Jahre verflossen, seit dem die Nationalisierungsbestrebungen im badischen Handwerk greifbare Gestalt angenommen haben.

Zu der Sitzung war Staatspräsident Dr. Schmitt, die Vertreter verschiedener Staats- und städtischer Behörden, der Technischen Hochschule Karlsruhe, der Handelshochschule Mannheim, sowie die Präsidenten des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, der Handwerkskammern Köln, Stuttgart und Darmstadt und ein Vertreter des Vereins Deutscher Ingenieure erschienen.

Der Vorsitzende des Badischen Handwerksamtes, Präsident Groß, eröffnete mit einer Begrüßungsansprache die bedeutungsvolle Sitzung, wobei er einleitend der Erwartung Ausdruck gab, daß der neugewählte Landtag die im Handwerk herrschende Not zu mildern verlese. Das Handwerk allerdings sei auch selbst gewillt, aus eigener Kraft diese Not zu lindern. Das zeige sich vor allem in dem im Handwerk immer mehr um sich greifenden Nationalisierungsbestrebungen.

Staatspräsident Dr. Schmitt gedachte zunächst der Männer, die an dem Institut für rationale Betriebsführung gearbeitet haben und noch arbeiten. Auf die von dem Vorsitzenden erwähnte Not im Handwerk eingehend, jagte der Staatspräsident, die Reife des Reichstages dürfe nicht vergeblich gewesen sein. Er habe in der letzten Zeit noch verschiedene Schreiben von norddeutschen Ministerpräsidenten kleinerer Staaten erhalten, die sich darin äußerten, daß die durch die Grenzziehung geschaffene badische Not wirklich größer sei, als allgemein angenommen wurde. Das Handwerk müsse sich in die neue Zeit einstellen und umstellen. Die Regierung werde das Handwerk stützen und fördern. Sie tue das u. a. schon dadurch, daß sie das neue Bauen unterstütze, wodurch auch die Handwerker Arbeit und Verdienst finden. Das Handwerk sei eine der Säulen der republikanischen Verfassung. Dem Forschungsinstitut müsse man weiteres Wohlwollen und Begehren wünschen.

Nachdem noch der Vertreter des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Handwerksinstituts gesprochen und vor allem dem Direktor des Landesgewerbeamts, Oberregierungsrat Bucorius, für seine auf dem Gebiete der Nationalisierungsbestrebungen geleistete wertvolle und erfolgreiche Arbeit uneingeschränkt Anerkennung und Dank gesagt hatte, verbreitete sich Präsident Henmann über „Zehn Jahre Nationalisierung im badischen Handwerk“. Er führte aus, daß das Handwerk die Wichtigkeit der rationalen Wirtschaft erkannt habe. Schon im Jahre 1916 sei in Mannheim ein Kurs für wirtschaftliche Ausbildung im Handwerk gehalten und dort sei zum ersten Male über die rationale Betriebsführung im Handwerk gesprochen worden. Die Nationalisierung wird das Handwerk erneuern: eine heute unbedingte Notwendigkeit. Bucorius habe das Handwerk mit dem Gedanken der Nationalisierung vertraut gemacht, und die gesamten Handwerkerorganisationen und Innungen sagen ihm für seine Bemühungen Dank. An der Pflege und Erhaltung des Instituts für rationale Betriebsführung, das während der zehn Jahre seines Bestehens außerordentlich befruchtend gewirkt hat, wird das gesamte Handwerk in Baden festhalten.

Hierauf hörten die zu der Sitzung erschienenen Gäste und Mitglieder des Handwerksamtes einen Vortrag von Oberregierungsrat Bucorius, „Der Wirtschaftseffekt im modernen Handwerk“. Wertberhöhung, so sagt der Redner, müsse das Ziel im Handwerk sein. Der Zusammenstoß zu wirtschaftlicher Betätigung, der in der Industrie so deutlich zutage trete, sei im Handwerk leider bis jetzt wenig fortgeschritten. Mit der Amerikanisierung der Betriebe allein sei es nicht getan, sie habe vielfach die Erwartungen nicht erfüllt, weil sie auf den Menschen, die Seele und die Arbeitsfreude keine Rücksicht nehme. Wirtschaftlichkeit und -beseleerte Arbeit müßten das Ziel im Handwerk sein, das sich auf hervorragend geschulte Facharbeiter stützen kann. Nationalisierung heiße: Wirtschaftlich Betrieb führen. Der Redner gedachte mit Dankesworten seines Mitarbeiters, Prof. Wöhle, und gab der Erwartung Ausdruck, daß durch eine Stärkung des Wirtschaftseffektes im heutigen Handwerk der Allgemeinheit auch weiterhin gebient werde.

Am Schluß der Sitzung erfolgte die Verkündung des Ergebnisses eines Preisenscheitens der Betriebswirtschaftlichen Beratungsstelle Badens, „Nationalisierung des Zeitwandbes im Schreinerhandwerk“. Es wurde mitgeteilt, daß keine der eingelangten Arbeiten den Anforderungen entsprächen, verschiedenen Arbeiten wurden aber Anerkennungspreise zuerkannt.

Die kaufmännischen Genossenschaften

der Bezirke Württemberg/Baden

Als Epigenorganisation von 80 000 in 400 Genossenschaften organisierten Kolonialwaren- und Feinstoffhändlern des gesamten Deutschen Reiches hatte der **Gebelverband Deutscher kaufmännischer Genossenschaften** eine Tagung der Bezirke Württemberg/Baden nach Heilbronn einberufen. Eingeleitet wurde die Tagung vormittags durch eine nichtöffentliche Sitzung. In der öffentlichen Sitzung am Nachmittag begrüßte der Vorsitzende, Herr Ludwig Büßler (Karlsruhe) die Erschienenen.

Generaldirektor **Vormann** vom Gebelverband Deutscher kaufmännischer Genossenschaften (Berlin) hielt hierauf ein nahezu zweistündiges Referat über das Thema „Die Gebel marschieren; Selbsthilfearbeit und Leistungsfähigkeit“. Die Gebel schilberte hierbei den Aufbau und die Entwicklung des Gebelverbandes seit seiner im Jahre 1908 erfolgten Gründung, erwähnte, daß von den 80 000 Mitgliedsfirmen des Verbandes ein Umsatz von nahezu 1½ Milliarden Reichsmark jährlich erzielt werde, umriß den ganzen Aufgabenkreis des Verbandes und betonte insbesondere, daß die Genossenschaften des Verbandes nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck seien, immer noch dem Grundgeschäft handelnd, die Individualwirtschaft zu erhalten. Mit dem Wunsch, daß die Einkaufsgenossenschaften sich lückenlos im Gebelverband zusammenschließen möchten, schloß das sehr beifällig aufgenommene Referat.

Im Anschluß hierauf gab Direktor **Schill** (Stuttgart) einen Überblick über die Verhältnisse im Bezirk Württemberg/Baden. Die Umsätze der dem Bezirksverband angehörenden 19 Genossenschaften seien im verflossenen Geschäftsjahre gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 66 Proz. gestiegen. Neu aufgenommen wurden die Gebel Heilbronn und die Gebel-einkaufsgenossenschaft der Kolonialwarenhändler Mittelbaden in Offenburg. Bearbeitet werden zur Zeit Singen, Donauwörthingen und Altkirchheim.

Als Tagungsort der nächsten Bezirksversammlung wurde **Heilbronn** gewählt.

„Graf Jepselin“ wird Mitte November wegen gründlicher Überholung und kleiner Umbauten kurze Zeit außer Dienst gestellt. Bis zu dieser Zeit sind kürzere Fahrten beabsichtigt.